

Beispiel für die Lösung einer Aufgabe

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
.		
.		
9.		„Apache 207“ ist
	A	ein frühmittelalterlicher Minnesänger
	B	ein bekannter deutscher Rapper und Sänger
	C	der entfernter Verwandter Winnetous

Aufgabe Nr.	Lösung
.	
.	
9.	A X C

Prüfungsbereiche:

Prüfungsbereich 1	"Arbeitsabläufe organisieren"	30 Aufgaben
Prüfungsbereich 2	"Steuererklärungen vorbereiten"	30 Aufgaben
	"Buchhaltungen bearbeiten"	35 Aufgaben
	"Betriebliche Kennzahlen"	<u>5 Aufgaben</u>
	insgesamt	<u><u>100 Aufgaben</u></u>

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
1.		Die Sekretärin einer Steuerberatungskanzlei führt täglich das Posteingangs- und Postausgangsbuch. Aus welchen Gründen führt die Steuerberatungskanzlei diese Bücher?
	A	Damit der Steuerberater kontrollieren kann, ob die Sekretärin die ihr aufgetragenen Aufgaben erfüllt.
	B	Damit die Sekretärin sofort über alle Mandanten Bescheid weiß.
	C	Damit notwendige Fristen gleich erfasst werden können.
2.		Nennen Sie einen Vorteil des digitalen Postausgangsbuchs:
	A	Damit verkürzen sich die Suchzeiten enorm.
	B	Es kann jederzeit auch vom Handy aus ausgeführt werden.
	C	Abhängigkeit von der Technologie.
3.		DSGVO heißt:
	A	Datenschutzgüterverordnung.
	B	Deutsche Schutzverordnung für Grundrechte.
	C	Datenschutzgrundverordnung.
4.		Eine Steuerberatungskanzlei braucht einen Datenschutzbeauftragten, ... :
	A	sobald ihre Mitarbeiter personenbezogene Daten verarbeiten.
	B	wenn sie mindestens 20 Mitarbeiter beschäftigt, die personenbezogene Daten verarbeiten.
	C	wenn sie mehr als 20 Mitarbeiter beschäftigt, die personenbezogene Daten verarbeiten.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
5.		Im Büro kann ein zusätzlicher Schutz für den Zugang zu Mandantendaten erreicht werden durch:
	A	eine Zwei-Faktor-Authentifizierung.
	B	eine sichere Telefonleitung.
	C	das Schlüssel-Schloss-Prinzip.
6.		Arbeitsabläufe in der Steuerberatungskanzlei können effizienter gestaltet werden, indem:
	A	jeder Mitarbeiter die Steuererklärungen sofort ans Finanzamt sendet.
	B	ein digitales Dokumenten-Management-System eingeführt wird.
	C	keine Telefonnotizen gemacht werden; das kostet nur Zeit.
7.		Welcher der nachfolgend genannten ist kein Adressat einer Steuerberatungskanzlei?
	A	das Finanzamt.
	B	der Mandant.
	C	der Hausmeister.
8.		Rückfragen zu Belegen des Mandanten sollten
	A	gebündelt und in einem Zug schriftlich oder mündlich abgefragt werden.
	B	sofort per Telefon eruiert werden.
	C	dem Finanzamt mitgeteilt werden.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
9.		Welche Handlung verstößt gegen die Verschwiegenheitspflicht?
	A	Ein Steuerberater berichtet einem Mitarbeiter des Finanzamts, dass der Mandant Müller ihn offensichtlich belogen hat.
	B	Ein Steuerberater erzählt am Stammtisch eine Anekdote über einen Mandanten, ohne den Namen zu nennen.
	C	Ein Azubi zum Steuerfachangestellten bringt die Einfuhrrechnung eines Mandanten zur Veranschaulichung mit in die Berufsschule, auf der alle Namen und Adressen eliminiert wurden.
10.		Nach welchem Gesetz kann die Missachtung der Verschwiegenheit geahndet werden?
	A	nach § 19 EStG.
	B	nach § 2 UStG.
	C	nach § 203 Strafgesetzbuch.
11.		Fortbildungen sind zur Bewältigung des Berufsalltags in einer Steuerkanzlei
	A	nicht notwendig, da in der Berufsausbildung die fachlichen Inhalte der Tätigkeit ausreichend vermittelt wurden.
	B	von erheblicher Bedeutung, da sich die Rechtslage fortlaufend ändert.
	C	ohne Bedeutung, da die eingesetzten Kanzleiprogramme die geltende Rechtslage abbilden.
12.		Die Gesetzgebungskompetenz für die Einkommensteuer obliegt
	A	dem Bundesministerium für Finanzen.
	B	dem Bundestag und Bundesrat.
	C	dem Bundeskanzler.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
13.		Beispiele für direkte Steuern sind
	A	Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Erbschaftsteuer.
	B	Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Erbschaftsteuer.
	C	Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer.
14.		Ihr Mandant möchte wissen, ob er die Zuwendungsbescheinigungen, die er ihnen zur Erstellung seiner Steuererklärung vorgelegt hat, weiter aufbewahren muss.
	A	Nach Einreichung der Steuererklärung können Zuwendungsbescheinigungen unmittelbar entsorgt werden.
	B	Es gilt eine Belegvorhaltepflcht. Die Zuwendungsbescheinigungen müssen weiter aufbewahrt werden, falls das Finanzamt sie bei Bearbeitung der Steuererklärung anfordert.
	C	Für Zuwendungsbescheinigungen gilt eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist von einem Jahr.
15.		Welche drei Vollmachten erkennt das Finanzamt an?
	A	Vollmacht zur Vertretung in Steuersachen, Bekanntgabevollmacht, Vollmacht zum Datenabruf bei der Finanzverwaltung.
	B	Vollmacht zur grundsätzlichen Stundung von Steuerschulden, Bekanntgabevollmacht, Vollmacht zum Datenabruf bei der Finanzverwaltung.
	C	Vollmacht zur Vertretung in Steuersachen, Ermächtigungsvollmacht, Vollmacht zum Datenabruf bei der Finanzverwaltung.
16.		Sie wollen mithilfe von Chat-GPT ein Schreiben an das Finanzamt aufsetzen. Was müssen Sie dabei beachten?
	A	Im Hinblick auf Datenschutz und Steuergeheimnis dürfen keine personenbezogenen Daten eingegeben werden.
	B	Da das Ergebnis des durch die KI erstellten Textes nur für mich ersichtlich ist, können auch personenbezogene Daten eingegeben werden.
	C	KI-gestützte Anwendungen dürfen für die Arbeit in einer Steuerkanzlei generell nicht verwendet werden.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
17.		Welche Merkmale sind typisch für eine Tätigkeit im Angestelltenverhältnis?
	A	weisungsgebunden, Eingliederung in einen Betrieb, Schulden der Arbeitskraft.
	B	geregelte Arbeitszeiten, Eingliederung in einen Betrieb, Schulden des Arbeitserfolgs.
	C	weisungsgebunden, Unternehmerinitiative, Schulden des Arbeitserfolgs.
18.		Der Auszubildende Tom hat die Einkommensteuererklärung eines Mandanten fertiggestellt. Was muss er bzgl. der Übermittlung an das Finanzamt beachten?
	A	Da der Azubi Tom die Erklärung erstellt hat, darf er die Erklärung eigenständig an das Finanzamt übermitteln.
	B	Eine eigenständige Übermittlung der Steuererklärung an das Finanzamt ist erst nach erfolgreich abgelegter Berufsausbildung als Steuerfachangestellte/r zulässig.
	C	Grundsätzlich darf die Übermittlung der Steuerklärung nur durch einen Steuerberater erfolgen, da nur dieser zu geschäftsmäßigen Hilfeleistungen in Steuersachen befugt ist. Deshalb darf der Auszubildende Tom nach Überprüfung durch den Steuerberater in dessen Auftrag die Erklärung übermitteln.
19.		Den gesetzlichen Regelungen entsprechend kann ein Berufsausbildungsvertrag
	A	während der Probezeit jederzeit ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden.
	B	nach Ablauf der Probezeit vom Ausbilder jederzeit mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden.
	C	vom Auszubildenden jederzeit ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
20.		Was ist eine Phishing-E-Mail?
	A	Phishing-E-Mails sind betrügerische E-Mails, mit denen Menschen dazu verleitet werden sollen, sensible Daten weiterzugeben oder Schadsoftware auf ihrem Computer zu installieren.
	B	Phishing-Mails sind Werbemails, die gleichzeitig an eine Vielzahl von E-Mail-Adressen versendet werden.
	C	Phishing-E-Mails sind automatisch generierte E-Mails, z.B. E-Mail mit Hinweis auf neue Dokumente im ELSTER-Portal.
21.		Wie lange sind Jahresabschlüsse aufzubewahren?
	A	10 Jahre.
	B	6 Jahre.
	C	3 Jahre.
22.		Die gesetzlichen Vorschriften zu Aufbewahrungsfristen von Unterlagen befinden sich
	A	nur in der Abgabenordnung (AO).
	B	nur im Handelsgesetzbuch (HGB).
	C	sowohl in der Abgabenordnung (AO) also auch im Handelsgesetzbuch (HGB).
23.		Ihr Mandant ist nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Bis wann sollte die Steuererklärung eingereicht werden, wenn er mit einer Erstattung rechnet?
	A	Da er nicht verpflichtet ist, kann keine Steuererklärung eingereicht werden.
	B	Die Steuererklärung muss bis Ende April des zweiten auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres eingereicht werden.
	C	Die Steuererklärung sollte innerhalb der nächsten 4 Jahre eingereicht werden, da mit einer Steuererstattung zu rechnen ist.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
24.		Sie bearbeiten die Steuererklärung einer Gewerbetreibenden für das Jahr 2025. Bis wann müssen Sie die Erklärung eingereicht haben?
	A	Bis zum 31.07.2026.
	B	Bis zum 01.03.2027.
	C	Bis zum 31.12.2026.
25.		Welche Möglichkeit haben Sie, wenn Sie die Abgabefrist einer Steuererklärung nicht einhalten können, da Ihrem Mandanten noch nicht alle relevanten Unterlagen vorliegen.
	A	Sie stellen einen Antrag auf Fristverlängerung bei der zuständigen Finanzbehörde.
	B	Sie tun nichts, da eine spätere Abgabe sowieso keine Auswirkungen hat.
	C	Sie beantragen eine Dauerfristverlängerung.
26.		Eine Fristenkontrolle in der Kanzlei
	A	ist nicht notwendig, wenn sich jeder Mitarbeiter um seine eigenen Fristen kümmert.
	B	stellt sicher, dass alle Vorgänge fristgerecht bearbeitet werden können.
	C	kann entfallen, wenn auf jedem Dokument beim Posteingang per Stempel das Eingangsdatum festgehalten wird.
27.		Was passiert, wenn eine Steuererklärung zu spät eingereicht wurde?
	A	Nichts, solange die Erklärung nachgereicht wird.
	B	Das Finanzamt setzt Säumniszuschläge fest.
	C	Das Finanzamt setzt einen Verspätungszuschlag fest.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
28.		Was kann das Finanzamt tun, wenn der Steuerpflichtige seine Steuererklärung nicht einreicht?
	A	Schätzung.
	B	Anruf beim Steuerpflichtigen mit der Bitte, die Steuererklärung einzureichen.
	C	Säumniszuschläge.
29.		Wie lange ist die Einspruchsfrist:
	A	4 Wochen.
	B	1 Monat.
	C	6 Wochen.
30.		Ein Einkommensteuerbescheid wird am Donnerstag, den 15.05.2025 zur Post aufgegeben. Aufgrund eines Personalengpasses beim Postzusteller wird der Bescheid erst am Donnerstag, den 22.05.2025 in den Briefkasten des Steuerpflichtigen geworfen. Wann erfolgte die wirksame Bekanntgabe?
	A	Am Donnerstag, den 15.05.2025.
	B	Am Montag, den 19.05.2025.
	C	Am Donnerstag, den 22.05.2025.
31.		Im Beratungsgespräch teilt Ihnen Ihre Mandantin mit, sie wohnt in Freiburg, bezieht aber über 90% ihrer Einkünfte aus der Vermietung von Eigentumswohnungen in Frankreich.
	A	Damit ist sie in Deutschland nicht steuerpflichtig, da sie weniger als 10% ihrer Einkünfte im Inland erwirtschaftet.
	B	Da Ihre Mandantin keinen Wohnsitz in Deutschland hat, muss Frankreich als ertragsreichster Staat über das Doppelbesteuerungsabkommen festlegen, wie viele Steuererklärungen abzugeben sind.
	C	In Deutschland ist eine Steuererklärung abzugeben, in der sämtliche Einkünfte eingetragen werden müssen.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
32.		<p>Ihr Mandant erläutert Ihnen, er wohne in Stuttgart, sei dort bei einer Firma angestellt und habe überdies noch eine umsatzsteuerpflichtig vermietete Wohnung in Ravensburg. Seine Ehefrau sei als Friseurin selbstständig in Esslingen und habe auf die Kleinunternehmerregelung verzichtet. Es ist eine Einzelveranlagung gewünscht. Auf gesonderte Feststellungen soll nicht weiter eingegangen werden.</p>
	A	<p>Der Ehemann erstellt eine Umsatzsteuererklärung und eine Einkommensteuererklärung für das Finanzamt Stuttgart. Seine Ehefrau erstellt eine Gewerbe- und Umsatzsteuererklärung für das Finanzamt Esslingen. Ihre Einkommensteuer reicht sie beim Wohnsitzfinanzamt Stuttgart ein.</p>
	B	<p>Die Eheleute erstellen eine gemeinsame Umsatzsteuererklärung, eine gemeinsame Gewerbebesteuererklärung und jeweils eine Einkommensteuererklärung für das Wohnsitzfinanzamt Stuttgart.</p>
	C	<p>Die Eheleute erstellen jeweils eine Einkommensteuererklärung für das Finanzamt Stuttgart und eine gemeinsame Gewerbebesteuererklärung für das Finanzamt Esslingen. Da die Ehefrau auf die Kleinunternehmerregelung verzichtet, erstellt nur der Ehemann eine Umsatzsteuererklärung für das Finanzamt Ravensburg.</p>
33.		<p>Ihre Mandantin möchte 1.000,00 € spenden. Sie möchte wissen, ob es einen Unterschied macht, ob sie an die CDU oder an die katholische Kirche spendet.</p>
	A	<p>Nein, eine private Spende gehört zu den Kosten der privaten Lebensführung und ist steuerlich unbeachtlich.</p>
	B	<p>Ja, eine Spende von natürlichen Personen an eine politische Partei ist grundsätzlich steuerlich günstiger als eine „normale“ gemeinnützige Spende.</p>
	C	<p>Nein, beide Spenden könnten mit gleicher Auswirkung als Sonderausgaben steuermindernd berücksichtigt werden.</p>

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
34.		Ihre Mandantin ist aufgrund eines Arbeitgeberwechsel letztes Jahr in die Schweiz umgezogen. Sie ist aber weiterhin noch Eigentümerin eines vermieteten Grundstücks in Rottweil. Außerdem besucht sie mindestens einmal im Monat ihre Mutter und übernachtet auch gelegentlich bei dieser.
	A	Durch den Wegzug ist sie nun in der Schweiz unbeschränkt einkommensteuerpflichtig und muss in Deutschland keine Steuererklärung mehr abgeben.
	B	Sie muss zwar in der Schweiz eine Steuererklärung abgeben, ist aber in Deutschland weiterhin beschränkt steuerpflichtig und muss auch hier eine Steuererklärung abgeben.
	C	Da sie regelmäßig ihre Mutter besucht und dort auch gelegentlich übernachtet, bleibt sie unbeschränkt einkommensteuerpflichtig und muss sämtliche Einkünfte weiterhin in Deutschland versteuern.
35.		Ihr Mandant ist schwerbehindert und durch seine Beinamputation in seiner Mobilität stark eingeschränkt (Merkzeichen „G“). Wegen seiner Schmerzen hat er hohe Kosten für Medikamente. Entsprechende Nachweise legt er ihnen vor. Welche einkommensteuerlichen Begünstigungen kann Ihr Mandant geltend machen?
	A	Die Kosten können nur bis zur Höhe des Behinderten-Pauschbetrags geltend gemacht werden.
	B	Die Kosten können im Rahmen der außergewöhnlichen Belastungen berücksichtigt werden. Neben der Fahrtkosten-Pauschale erhält Ihr Mandant auch den Behinderten-Pauschbetrag.
	C	Ihr Mandant kann nur die Kosten für Medikamente bei den außergewöhnlichen Belastungen geltend machen.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
36.		Ihr Mandant war während des vergangenen Jahres zwischen zwei nichtselbständigen Beschäftigungen einige Monate arbeitslos gemeldet und hat Arbeitslosengeld bezogen. Er möchte wissen, ob dieses in der Steuererklärung anzugeben ist. Sie antworten:
	A	Ja, aber es ist als sog. Lohnersatzleistung steuerfrei und wirkt sich daher nicht aus.
	B	Nein, da es als sog. Lohnersatzleistung steuerfrei ist, bleibt es steuerlich unbeachtlich und muss nicht erklärt werden.
	C	Da es i.d.R. steuererhöhend wirkt, muss es in der Steuererklärung angegeben werden.
37.		Ihre Mandantin arbeitet als angestellte Friseurin. In ihrer Freizeit hat sie begonnen auf YouTube Schmink- und Beauty-Tipps zu veröffentlichen. Dort bewertet sie auch neue Kosmetikprodukte (im Gesamtwert zwischen 800,00 € bis 1.000,00 €), die ihr dafür von Firmen kostenfrei zugesandt werden. Ihre Mandantin ist mit hoher Wahrscheinlichkeit:
	A	ein Fall der Antragsveranlagung, weil sie hauptberuflich lediglich Einkünfte nach § 19 EStG erzielt.
	B	ein Fall der Wahlrechtsveranlagung, bei der Sie jährlich wählen kann, ob sie vom Finanzamt als Antrags- oder Pflichtfall geführt werden möchte.
	C	ein Fall der Pflichtveranlagung.
38.		Welche Einkunftsart zählt nicht zu den sieben Einkunftsarten nach § 2 EStG?
	A	Einkunftsart Gewerbebetrieb.
	B	Einkunftsart Kapitalvermögen.
	C	Einkunftsart Darlehen.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
39.		Ihre Mandantin fragt, welche Lohnsteuerklasse für sie als alleinstehende Arbeitnehmerin ohne Kinder gilt.
	A	I.
	B	III.
	C	II.
40.		Ihre frisch verheiratete Mandantin fragt, wenn sie mit ihrem Ehegatten die Steuerklassenkombination III / V wählen wolle, was dann als das ideale Verhältnis der Arbeitslöhne für diese Steuerklassenwahl gelte.
	A	60% zu 40%.
	B	50% zu 50%.
	C	90% zu 10%.
41.		Ihre Mandantin hat Leistungen bezogen, die dem sog. „Progressionsvorbehalt“ unterliegen. Sie möchte von Ihnen wissen, was das bedeutet. Sie antworten:
	A	Solche Leistungen können vom Finanzamt unter Vorbehalt berücksichtigt werden.
	B	Solche Leistungen erhöhen den individuellen Steuersatz.
	C	Solche Leistungen sind progressiv und daher erst ab dem Überschreiten der sog. „Progressionsschwelle“ steuerlich anzusetzen.
42.		Ihre Mandanten haben ein erwachsenes Kind. Wann bekommen sie einen Ausbildungsfreibetrag?
	A	Wenn das Kind eine abgeschlossene Berufsausbildung hat und sich in einer zweiten Berufsausbildung befindet.
	B	Wenn sich das Kind in Berufsausbildung befindet und nicht mehr bei den Eltern wohnt und diese Anspruch auf Kindergeld oder den Kinderfreibetrag haben.
	C	Wenn das Kind ein Erststudium macht, bereits über 25 Jahre alt ist und sich noch mit den Eltern in häuslicher Gemeinschaft befindet.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
43.	A B C	<p>Ihre Mandantin teilt Ihnen mit, dass ihr Ehemann letztes Jahr verstorben sei. Sie folgern:</p> <p>Im Folgejahr des Todes kann die Witwe dann noch einmal vom Splittingtarif profitieren.</p> <p>Im Folgejahr ist wegen des anzuwendenden Grundtarifs mit einer Steuernachzahlung zu rechnen, weshalb zu prüfen ist, ob die Vorauszahlungen angepasst werden sollten.</p> <p>Da es sich nicht um eine Scheidung oder ein mutwilliges „dauernd Getrenntleben“ handelt, gilt der Grundsatz „einmal Splitting, immer Splitting“.</p>
44.	A B C	<p>Ihre Mandantin ist Arbeitnehmerin, fährt täglich 60 km mit ihrem privaten PKW zur Arbeit und parkt auf einem vom Arbeitgeber kostenlos zur Verfügung gestellten Parkplatz am Gebäude. Wegen Bauarbeiten war dieser für 2 Wochen nicht nutzbar. Ersatzweise war sie eine Woche per Bahn unterwegs (100,00 € Fahrkarte) und eine Woche hat sie im Parkhaus geparkt (200,00 € Gebühr).</p> <p>Welche Werbungskosten kann Sie geltend machen?</p> <p>Sie kann die Fahrkartengebühren zusätzlich zur Entfernungspauschale abziehen.</p> <p>Sie kann die Fahrkartengebühren und die Parkgebühren zusätzlich zur Entfernungspauschale abziehen.</p> <p>Sie kann neben der Entfernungspauschale keine der aufgeführten Kosten abziehen.</p>

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
45.		Ihre Mandantin hat Aufwendungen für eine beruflich bedingte Aktentasche getätigt. Die Rechnung, die sie Ihnen vorlegt, erfüllt jedoch nicht die Kriterien des § 14 UStG, da zwar der vollständige Name, nicht aber die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers genannt sind. Kann sie trotzdem Werbungskosten abziehen?
	A	Die formalen Rechnungsanforderungen des Umsatzsteuerrechts (§ 14 UStG/§33 UStDV) sind nur für den Vorsteuerabzug relevant – nicht aber für den Abzug als Werbungskosten nach § 9 EStG. Sie kann die Tasche, sobald die Kosten tatsächlich entstanden und beruflich veranlasst sind, in Höhe des Bruttobetragtes abziehen.
	B	Beruflich veranlasste Aufwendungen für Arbeitsmittel (z. B. eine Aktentasche) fallen unter § 9 I Nr. 6 EStG und sind nur bei Vorlage einer ordnungsgemäß nach § 14 UStG erstellten Rechnung als Werbungskosten abziehbar.
	C	Eine beruflich bedingte Aktentasche kann nach § 12 Nr. 1 S. 2 EStG gar nicht berücksichtigt werden, da sie auch mit privaten Gegenständen befüllt werden könnte.
46.		Wie lange müssen Eingangs- und Ausgangsrechnungen als Buchungsbelege aufbewahrt werden?
	A	gar nicht
	B	10 Jahre
	C	8 Jahre
47.		Welche Fristen gelten grundsätzlich für die Abgabe der Steuererklärung, wenn man einen Steuerberater oder einen Lohnsteuerhilfeverein beauftragt hat?
	A	31. Juli des Folgejahres
	B	Ende Februar des Fortfolgejahres
	C	31. Dezember des Folgejahres

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
48.		Was versteht man unter Einnahmen aus nichtselbständiger Tätigkeit?
	A	Das sind Einnahmen aus einem Arbeitsverhältnis, z.B. Gehalt oder Lohn.
	B	Einnahmen, die man durch selbstständige Tätigkeit erhält, z.B. Freiberufler.
	C	Einnahmen, die man durch Kapitalerträge erzielt.
49.		Wie erhält ein Arbeitnehmer den Nachweis über seine Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit?
	A	Nur durch eine Rechnung, die er dem Arbeitgeber stellt.
	B	Über eine Mitteilung des Finanzamtes bei jeder Gehaltszahlung.
	C	Über die Lohnabrechnung und die jährliche Lohnsteuerbescheinigung.
50.		Was zählt zu den Einkünften aus nichtselbstständiger Tätigkeit?
	A	Löhne, Gehälter, Weihnachtsgeld.
	B	Gewinne aus Aktienverkäufen.
	C	Einnahmen aus Vermietung eines Zimmers.
51.		Wann spricht man von einer außergewöhnlichen Belastung?
	A	Wenn Kosten notwendig und zwangsläufig entstehen, die höher sind als üblich.
	B	Wenn Ausgaben für Luxusgüter anfallen.
	C	Wenn Spenden überdurchschnittlich hoch sind.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
52.		Wie werden außergewöhnliche Belastungen steuerlich berücksichtigt?
	A	Sie führen automatisch zu einer Steuererstattung.
	B	Sie werden pauschal ohne Nachweise anerkannt.
	C	Sie mindern das zu versteuernde Einkommen oberhalb der zumutbaren Eigenbelastung.
53.		Welche der folgenden Ausgaben können im Rahmen von Beiträgen als Sonderausgaben geltend gemacht werden?
	A	Kirchensteuer.
	B	Mitgliedsbeiträge für Sportvereine.
	C	Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge.
54.		Wer hat Anspruch auf Versorgungsbezüge?
	A	Beamte, Richter und Soldaten nach dem Ende der aktiven Dienstzeit.
	B	Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig von ihrer Beschäftigungsart.
	C	Nur Personen, die eine Private Lebensversicherung abgeschlossen haben.
55.		Welche Leistungen können als Versorgungsbezüge gelten?
	A	Krankengeld und Mutterschaftsgeld.
	B	Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und Bonuszahlungen.
	C	Ruhegehalt, Witwen-/Witwergeld oder Waisengeld.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
56.		Welche Herausforderungen gibt es bei der digitalen Bereitstellung von Steuerbelegen?
	A	Technische Hürden, wie fehlende Schnittstellen oder komplizierte Login-Verfahren.
	B	Datenschutz- und Sicherheitsanforderungen, die besonderen Schutz erfordern.
	C	Unterschiedliche Formate und Plattformen erschweren eine einheitliche Nutzung.
57.		Wie werden Steuerdaten automatisch der Steuerverwaltung digital bereitgestellt?
	A	Durch den Download von Rechnungen und Belegen direkt bei Dienstleistern, z.B. Energieversorgern oder Versicherungen.
	B	Über staatliche Plattformen wie Elster, die bestimmte Steuerdaten automatisch bereitstellen.
	C	Über Online-Portale der Banken oder Arbeitgeber, die Lohn- und Steuerdaten bereitstellen.
58.		Welche Handwerkerkosten, die Zuhause anfallen, sind steuerlich absetzbar?
	A	Sämtliche Handwerksleistungen inklusive Materialien und Arbeitslohn in voller Höhe und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine Renovierung oder um einen Neubau handelt.
	B	Grundsätzlich können 20 Prozent der Kosten für Handwerkerleistungen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 1.200 € steuerlich geltend gemacht werden. Dies gilt jedoch nur für Lohn-, Arbeits- und Fahrtkosten und nicht für Materialkosten.
	C	Handwerkerkosten für Renovierungsarbeiten im Eigentum sind niemals absetzbar. Eine steuerliche Berücksichtigung ist nur möglich, wenn es sich um Reparaturen in Mietwohnungen handelt.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
59.		Was bedeutet die Abkürzung RABE?
	A	RABE ist der Name eines großen, schwarzen Vogels, der für Intelligenz und Transformation in vielen Kulturen steht.
	B	RABE ist eine Abkürzung für eine Programmiersprache, die in der Softwareentwicklung genutzt wird.
	C	Beim Finanzamt steht es für "Referenzieren auf Belege". Es handelt sich um ein neues Verfahren, mit dem Steuerzahler ihre Belege digital direkt bei der Erstellung der Steuererklärung in Programmen wie Mein ELSTER hochladen und den passenden Eingabefeldern zuordnen können.
60.		Was passiert bei verspäteter Abgabe der Steuererklärung?
	A	Es passiert normalerweise gar nichts, solange der Steuerzahler eine Begründung an das Finanzamt schickt. Es werden dann weder Verspätungszuschläge noch Zwangsgelder erhoben, noch wird das Finanzamt schätzen.
	B	Bei einer verspäteten Abgabe wird ein Verspätungszuschlag erhoben. Falls die Steuererklärung trotz Aufforderung nicht abgegeben wird, kann das Finanzamt die Steuer schätzen, was meist zu einer höheren Steuerlast führt.
	C	Eine verspätete Abgabe der Steuererklärung führt automatisch zur Verhängung einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr, auch wenn keine Steuern nachgezahlt werden müssen, da dies als Steuerhinterziehung gilt.
61.		„Doppelte Buchführung“ bedeutet, dass ...
	A	neben der handelsrechtlichen Buchführung eine steuerliche Buchführung verpflichtend ist.
	B	jeder Geschäftsvorfall auf grundsätzlich zwei verschiedenen Konten erfasst wird.
	C	neben der Bilanz eine Gewinn- und Verlustrechnung zu erstellen ist.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
62.		Eine Bilanz ist ...
	A	die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen.
	B	die Gegenüberstellung von Aktivvermögen und Eigenkapital.
	C	die Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden.
63.		Die Bilanzgliederung ist aufgeführt ...
	A	im HGB.
	B	in der AO.
	C	im EStG.
64.		Die Passivseite der Bilanz gliedert sich nach ...
	A	Fristigkeit.
	B	Liquidität.
	C	der Höhe der Passivposten.
65.		Bestandskonten sind ...
	A	Konten der Gewinn- und Verlustrechnung.
	B	Konten der Bilanz.
	C	Erfolgskonten.
66.		Gewinnauswirkung haben nur...
	A	Verrechnungskonten.
	B	Bestandskonten.
	C	Erfolgskonten.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
67.		Die Abkürzung „SKR“ steht für ...
	A	Standardkontenrahmen.
	B	Steuerkontenrahmen.
	C	Sonderkontenrahmen.
68.		Der SKR 04 gliedert sich nach
	A	Wirtschaftlichkeit.
	B	der Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung.
	C	Prozessen.
69.		Die Summe der Erfolgskonten ergibt ...
	A	den Gewinn oder Verlust.
	B	das Eigenkapital.
	C	die Bilanzsumme.
70.		Das Reinvermögen ist ...
	A	die Summe der Aktivposten.
	B	die Differenz aus Vermögen abzüglich Schulden.
	C	die Differenz aus Bilanzsumme abzüglich des Anlagevermögens.
71.		Eine Bilanzverlängerung ...
	A	stellt eine Erhöhung der Bilanzsumme dar.
	B	entsteht durch einen Aktiv-Tausch.
	C	stellt eine höhere Anzahl von Aktiv- und Passivkonten in der Bilanz dar.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
72.		Nicht handelsrechtlich buchführungspflichtig ist ...
	A	ein Warenhändler mit kfm. Einrichtung.
	B	ein Freiberufler.
	C	ein Handelsvertreter.
73.		Ein Rumpfwirtschaftsjahr entspricht ...
	A	einem verkürzten Wirtschaftsjahr.
	B	einem Wirtschaftsjahr, das vom Kalenderjahr abweicht.
	C	immer dem Gründungsjahr.
74.		Der Begriff Vermögensgegenstand ist ...
	A	ein steuerlicher Begriff für das Anlage- und Umlaufvermögen.
	B	ein handelsrechtlicher Begriff für das Anlagevermögen.
	C	ein handelsrechtlicher Begriff für sämtliche Aktivposten.
75.		Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ...
	A	kann eine Bilanz auch in englischer Sprache aufgestellt werden.
	B	sind Bank und Kasse täglich zu buchen.
	C	können Eingangsrechnungen entsorgt werden, nachdem der Sachverhalt gebucht worden ist.
76.		Das Schlussbilanzkonto ...
	A	gliedert sich auf der Sollseite nach der Liquidität und auf der Habenseite nach der Fristigkeit.
	B	zeigt Aktivposten im Soll und Passivposten im Haben.
	C	zeigt Aktivposten im Haben und Passivposten im Soll.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
77.		Welcher Vorgang stellt einen Passiv-Tausch dar?
	A	Die Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung eines betrieblichen Gebäudes.
	B	Die Tilgung eines betrieblichen Darlehens.
	C	Das Ablösen eines betrieblichen Darlehens durch Lieferantenschuld.
78.		Eine Aktiv-Passiv-Mehrung entspricht ...
	A	einer Begleichung der Kundenforderung durch Banküberweisung.
	B	einer Gutschrift auf einem betrieblichen Bankkonto im Rahmen einer Darlehensaufnahme.
	C	einer Bareinzahlung auf dem Bankkonto.
79.		Grundsätzlich handelsrechtlich buchführungspflichtig ist ...
	A	jeder Gewerbebetrieb mit kaufmännischer Organisation.
	B	jeder Gewerbebetrieb.
	C	jedes Unternehmen.
80.		Anhaltspunkt für eine kaufmännische Organisation eines Betriebes ist u.a. ...
	A	die Qualifikation der Mitarbeiter des Unternehmers.
	B	die Vielfalt der Geschäftskontakte.
	C	die Größe der Geschäftsräume.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
81.		Wer als Einzelkaufmann im Gründungsjahr Umsätze von 900.000 € und einen Gewinn von 70.000 € hat, ...
	A	kann sich von der handelsrechtlichen Buchführungspflicht befreien lassen.
	B	wird automatisch von der handelsrechtlichen Buchführungspflicht befreit.
	C	ist zwingend handelsrechtlich und damit auch steuerlich buchführungspflichtig.
82.		Die Aufbewahrungsfrist von einem Inventar beträgt grundsätzlich
	A	10 Jahre.
	B	8 Jahre.
	C	6 Jahre.
83.		Welcher der folgenden Posten gehört <u>nicht</u> zu den Anschaffungskosten von Waren?
	A	Preisnachlässe wie Skonto und Rabatt.
	B	Eingangsfracht.
	C	Darlehenszinsen zur Finanzierung.
84.		Skonto ist eine Preisminderung ...
	A	im Nachhinein bei Zahlung innerhalb einer gewissen Frist.
	B	abhängig von der Menge.
	C	mit sofortiger Kürzung gebuchten Wertes.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
-------------	-------------------	-----------------------

89. Der Verkauf von Waren auf Ziel für 600 € + 19% USt nach Abzug eines Mengenrabatts von 100 € + 19% USt wird richtigerweise gebucht:

A	Ford LuL	595 €	an	Erlöse	500 €
			an	USt 19%	95 €
B	Ford LuL	595 €	an	Auf. Verkauf	500 €
			an	USt 19%	95 €
C	Ford LuL	595 €	an	V.B LuL	600 €
	ehrt. Rabatte	100 €	an	USt 19%	95 €

90. Bäcker Uli verkauft in seinem Bäckerladen u.a. auch Eier. Nehmen Sie die Zuordnung zu den Vorräten im Umlaufvermögen vor. Welche der folgenden Aussagen ist richtig?

- A Die Eier stellen fertige Erzeugnisse dar.
- B Die Eier stellen Rohstoffe dar.
- C Die Eier stellen Waren dar.

91. Welcher der folgenden Buchungssätze entspricht dem Sachverhalt „Tilgung Darlehen 5.000 €“?

A	Bank	5.000 €	an	Darlehen	5.000 €.
B	Aufwand Tilgung	5.000 €	an	Bank	5.000 €.
C	Darlehen	5.000 €	an	Bank	5.000 €.

92. Das GuV-Konto weist einen Saldo von 14.000 € im Haben aus. Welche der folgenden Aussagen ist richtig?

- A Es handelt sich um einen Verlust von 14.000 €, der über das Eigenkapital im Soll abgeschlossen wird.
- B Es handelt sich um einen Verlust von 14.000 €, der über das Eigenkapital im Haben abgeschlossen wird.
- C Es handelt sich um einen Gewinn von 14.000 €, der über das Eigenkapital im Soll abgeschlossen wird.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
93.		Auf dem Eröffnungsbilanzkonto ...
	A	stehen Aktivkonten auf der Sollseite und Passivkonten auf der Habenseite.
	B	ist das Saldo im Haben auszuweisen.
	C	stehen Aktivkonten auf der Habenseite und Passivkonten auf der Sollseite.
94.		Ein Lieferantenbonus ist ein ...
	A	Preisnachlass bei Erreichen eines gewissen Verkaufsvolumens.
	B	Mengenrabatt.
	C	Preisnachlass bei Erreichen eines gewissen Einkaufsvolumens.
95.		Welche der folgenden Aussagen ist zu folgendem Buchungssatz richtig: „Aufwand Versicherung 1.000 € an V.B LuL 1.000 €“.
	A	Es liegt ein Zahlungsmittelabfluss von 1.000 € vor.
	B	Es liegt eine Ergebnisminderung von 1.000 € vor.
	C	Es liegt ein ergebnisneutraler Sachverhalt vor.
96.		Der Wareneinsatz ist der Wert...
	A	der insgesamt in einem Abrechnungszeitraum verkauften und verbrauchten Waren.
	B	des Warenbestands zu Beginn der Periode, erhöht um während der Periode eingekaufte Waren.
	C	der Warenbestand zum Schluss der Periode, vermindert um den Warenbestand zu Beginn der Periode.

Aufgabe Nr.	Lösungs-Vorschlag	Frage bzw. Behauptung
97.		Eine Autowerkstatt kauft Motoröl zum Nettopreis von 18 € pro Liter ein. Der Verkaufspreis an die Kunden beträgt netto 27 € pro Liter. Der Kalkulationszuschlag beträgt...
	A	33,33 Prozent.
	B	50,00 Prozent.
	C	66,66 Prozent.
98.		Der Rohgewinn im Handel wird ermittelt aus...
	A	Umsatzerlöse minus Personalaufwand.
	B	Wareneinkauf plus Kalkulationszuschlag minus übrige Aufwendungen.
	C	Umsatzerlöse minus Wareneinsatz.
99.		Ein Getränkehändler hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse (netto ohne Umsatzsteuer) in Höhe von 130.000 € erzielt. Sein Warenbestand zu Beginn des Jahres betrug 20.000 €. Er hat im Geschäftsjahr für 110.000 € Waren eingekauft und kalkuliert durchweg mit einem Rohgewinnaufschlagssatz in Höhe von 30%. Der rechnerische Warenbestand zum Schluss des Geschäftsjahres beträgt...
	A	10.000 €.
	B	unverändert 20.000 €.
	C	30.000 €.
100.		Die betriebswirtschaftliche Auswertung
	A	wird monatlich erstellt und muss in digitaler Form beim Finanzamt eingereicht werden.
	B	ist eine unternehmensinterne Auswertung aus der laufenden Finanzbuchführung und zeigt den voraussichtlichen finanziellen Erfolg des Unternehmens.
	C	wird monatlich benötigt, um aus diesen Daten die Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen erstellen zu können.